

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler***

Durch eine Fehlüberweisung erhielt ein inzwischen insolventes Privatunternehmen im Jahre 2002 ca. 1,7 Millionen Euro Steuermittel, die für den Sonderhaushalt „Grundstücksverkehr und Verwaltung des öffentlichen Grundvermögens“ bestimmt waren. Ungefähr 1,8 Millionen Euro wurden den Bremer Entsorgungsbetrieben doppelt überwiesen. Mehr als eine Million Euro zahlte die Landeshauptkasse unter anderem an Bürgerhäuser aus, die eigentlich bloß intern umgebucht werden sollten. Während bei den beiden letztgenannten Fällen der Fehler nachträglich korrigiert werden konnte, scheinen die 1,7 Millionen, die an das insolvente Privatunternehmen gezahlt wurden, für Bremen verloren zu sein.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist klar, dass individuelles Fehlverhalten von Mitarbeitern eine der Ursachen für diese Pannen ist. Die Einführung einer neuen Software bei der Landeshauptkasse Anfang 2003 hat dazu beigetragen, dass sich die Aufklärung verzögerte.

Darüber hinaus jedoch werden Fehler sichtbar, die in der Struktur der Aufgabenerledigung selbst und in den Instrumenten für die Kontrolle durch Senat und Bürgerschaft liegen. Dies betrifft zumindest die Fehlüberweisung, die für den Sonderhaushalt „Grundstücksverkehr und Verwaltung des öffentlichen Grundvermögens“ bestimmt war.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr bis zum 31. März 2004 einen vollständigen Sachbericht vorzulegen. Auf Grundlage einer Risikoanalyse sollen Vorschläge unterbreitet werden, wie die Struktur der Aufgabenerledigung so vereinfacht werden kann, dass in ihr eine wirksame Kontrolle und Steuerung bereits angelegt ist. Zudem soll dargelegt werden, wie Kontrolllücken geschlossen und eine laufende, unterjährige Kontrolle durch parlamentarische Gremien ermöglicht werden soll. Weiterhin soll aufgezeigt werden, durch welche Maßnahmen bereits im Prozess der Neustrukturierung von Aufgabenbereichen künftig angelegt werden soll, strategische Steuerung durch den Senat und parlamentarische Kontrolle so effektiv wie möglich auszugestalten.

Jan Köhler, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen